

Ergebnis einer Umfrage des Nds. Städtetages zum Thema Straßenausbausatzung

Von: Nst-info-6 [<mailto:nst-intern@nst.de>]

Gesendet: Mittwoch, 13. Mai 2020 13:18

An: nst-info-6@nst-intern.de

Betreff: [nst-info-6] NST-Info-Beitrag Nr. 6.38 /2020 Umfrage zur Straßenausbausatzung

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf unser NST-Info-Beitrag Nr. 6.14 / 2020 hatten wir Sie gebeten an der Umfrage zur Straßenausbausatzung teilzunehmen. Vielen Dank dafür, dass Sie dieser Bitte umfassend nachgekommen sind:

Nunmehr liegt das Ergebnis der von Gemeinde Bissendorf und NSGB ausgearbeiteten und vom NST unterstützten Abfrage zum Thema Straßenausbaubeiträge vor. Insgesamt haben wir 269 verwertbare Antworten erhalten (einige Samtgemeinde haben eine Sammelmeldung für ihre Mitgliedsgemeinden abgegeben). Damit repräsentieren die Antworten etwa 4 Mio. Einwohner in Niedersachsen. Größte teilnehmende Kommune ist die Stadt Hildesheim, kleinste die Gemeinde Wollbrandshausen (636 Einwohner). Eine kompakte Zusammenfassung der Ergebnisse sehen Sie hier:

<https://marcomensen.typeform.com/report/cPyGZp/5ULnZFFfEjaGS9k>

70% (190) der teilnehmenden Kommunen erheben Straßenausbaubeiträge. In 154 davon wird über eine Abschaffung diskutiert, aber lediglich bei 9 (5%) ist eine Abschaffung wahrscheinlich.

Immerhin 24 Kommunen haben seit 2017 ihre Satzung geändert, um die neuen rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen. Weitere 76 planen eine entsprechende Änderung. Häufigste Änderung bzw. geplante Änderung ist der Abzug von Zuschüssen Dritter (§ 6b Abs. 1 S. 2 NKAG).

Dementsprechend finanzieren 63% (169) der Kommunen ihren Straßenausbau u.a. mit Straßenausbaubeiträgen und 58% (156) mit allgemeinen Deckungsmitteln. 12% (34) der Kommunen haben bewusst ihre Grundsteuer zur Finanzierung von Straßenausbau angehoben. Lediglich 1% (4) Kommunen erheben wiederkehrende Straßenausbaubeiträge. 11 % (30) der Kommunen haben weitere Finanzierungsquellen (etwa Fördermittel).

Keine Rolle spielt die Definition von Straßenbaustandards in Satzungen. Auf dieses Mittel greifen lediglich 6% (17) der Kommunen zurück.

Fazit: Zumindest bei den Teilnehmern der Umfrage stellen Straßenausbaubeiträge eine wichtige Finanzierungsquelle dar. Flächendeckend ist die Erhebung aber nicht mehr. Zudem gibt es eine breite Diskussion über die Zukunft der eigenen Straßenausbaubeiträge. Die seit 2017 ins Gesetz aufgenommenen Neugestaltungsmöglichkeiten wurden insgesamt sehr bereitwillig für die eigene Satzung adaptiert. Insgesamt zeigt sich also ein durchaus hoher Anpassungsdruck – gelegentlich für eine Abschaffung, zumindest aber mit Blick auf Erleichterungen.

Mit freundlichen Grüßen

Niedersächsischer Städtetag, Prinzenstraße 17, 30159 Hannover

Telefon: 0511/36894-20, Telefax: 0511/36894-80

Internetangebot: <http://www.nst.de>